

05.12.2023

Antrag

der Fraktion der SPD

Keine Entmachtung der Landeszentrale für politische Bildung!

I. Ausgangslage

In der Landeszentrale für politische Bildung droht ein personeller und finanzieller Kahlschlag von historischem Ausmaß. Wie durch die Berichterstattung des WDR am 23.11.2023 erstmals bekannt wurde, plant die Landesregierung in der staatlichen, aber parteiunabhängigen Bildungseinrichtung disruptive Umstrukturierungsmaßnahmen, die dazu führen werden, dass die Landeszentrale zukünftig die ihr zugewiesenen Aufgaben kaum mehr erfüllen können¹.

Dafür baut das Wissenschaftsministerium die politische Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus um. Was zunächst gut klingen mag, hat verheerende Konsequenzen für die Landeszentrale für politische Bildung. Die Erschaffung der neuen Stabsstelle im Zuständigkeitsbereich der Staatssekretärin Gonca Türkeli-Dehnert, die auch als Reaktion auf den Terrorangriff der Hamas auf Israel verkauft wird, sowie die Auslagerung des Bereichs Erinnerungskultur in das Ministerium, kostet die Landeszentrale für politische Bildung insgesamt 14 Mitarbeiter. Es verbleiben damit nur noch 5 Referentenstellen und insgesamt nur 24 Mitarbeitende in der Landeszentrale. Dies ist vor allem im Vergleich zu den Landeszentralen in anderen Bundesländern (z. B.: Landeszentrale in Baden-Württemberg mit 120 Mitarbeitenden) unverhältnismäßig wenig. Bereits im November sollte der Kahlschlag im Personalbereich der Landeszentrale im Personalrat beraten werden. Damit wurden bereits vollendete Tatsachen geschaffen.

Darüber hinaus soll ein erheblicher Betrag des noch verbliebenen Etats der Landeszentrale von circa einer Million Euro mit den Mitarbeitenden in die neue Stabsstelle verschoben werden.

Zusätzlich wird trotz der Herausforderungen unserer Zeit, in der immer mehr demokratiefeindliche Strömungen versuchen, in die Mitte der Gesellschaft zu gelangen, und Grundfesten eines pluralistischen Systems zu schwächen sowie Diversität in diesem Land zu vermindern, an der politischen Bildung massiv eingespart. Der Einzelplan 06 des Haushaltsgesetzentwurfs weist aus, dass die Landesregierung versucht über die Einbeziehung von Bundesmitteln zur Demokratiestärkung ihre eigenen Kürzungen zu vertuschen. Am Ende fehlt der Landeszentrale für politische Bildung ein Viertel ihrer Gelder. In einer Zeit, in der die Aufstockungen der Mittel erforderlich wären, um gegen wachsenden Antisemitismus, Antiziganismus, gegen Rechtsextremismus, Rechtsterrorismus, Islamismus, Systemleugner und Fremdenhass anzukommen.

Dabei machen sich immer mehr Menschen Sorgen um unsere Demokratie und haben Angst, dass diese durch radikale und antidemokratische Kräfte bedrängt wird. Die wechselnden

¹<https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/kahlschlag-landeszentrale-politische-bildung-100.html>

Krisen haben viele Menschen verunsichert. Während sich ein großer Teil der Bevölkerung in den privaten Raum zurückzieht, wird ein beachtlicher Teil der Bevölkerung immer extremer. Die kürzlich veröffentlichte Mitte-Studie 2022/23 der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zu rechts-extremen und demokratiegefährdenden Einstellungen zeigt deutlich auf: die Mitte der Gesellschaft distanziert sich vom demokratischen Grundkonsens. Ein zunehmender Teil der Bevölkerung verfällt antidemokratischen Haltungen.

In Zeiten, in denen unsere Demokratie Stärke gegenüber ihren Feinden zeigen muss, ist gerade die politische Bildung von maßgeblicher Bedeutung. Sie lehrt, sie klärt auf, sie beugt vor. Vor Extremismus von rechts, von links, vor islamistischem Extremismus. Sie stärkt diejenigen, die sensibilisieren, die demokratische Grundwerte vermitteln, die vorbeugen und beraten. Noch bei der Feier zum 75. Jahrestag der Landeszentrale im Oktober 2021, betonte der damalige Ministerpräsident Armin Laschet ihre Wichtigkeit. Damals hieß es: „Erfolgreiche Demokratie lebt von den Menschen, die sie gestalten. Seit 75 Jahren erklärt die Landeszentrale für politische Bildung wie Demokratie funktioniert und wie man sich an ihr beteiligen kann. Damit unterstützt sie Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen dabei, sich mit Politik zu befassen und fördert das Demokratieverständnis sowie die Bereitschaft zu politischer Partizipation. Gerade in Zeiten polarisierender Diskussionen, etwa in den Sozialen Medien, ist die Vermittlung von demokratischen Grundwerten von essenzieller Bedeutung. Umso wichtiger bleiben Arbeit und Auftrag der Landeszentrale – wenn es um die großen politischen Themen sowie um konkreten Fragen unseres Zusammenlebens geht.“

Das Zusammenspiel dieser ganzen Umstrukturierungsmaßnahmen zeichnet ein klares Bild. Die Landeszentrale für politische Bildung wird systematisch ausgehöhlt. Das hat schwerwiegende Folgen. In Zeiten demokratischer Regierungsfractionen sind diese Änderungen nur fragwürdige und abzulehnende politische Signale. Stellt man sich vor, die Regierungsverantwortung läge in Händen von Antidemokraten, so wären die Auswirkungen dieser Überführung dramatisch. Die nunmehr noch „ausgelagerten“ Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeszentrale sind – nach der geplanten Umstrukturierung – in ihrer Personalstärke in Nordrhein-Westfalen noch nicht mal mehr in der Lage, den Demokratiebericht (eine ständige Kernaufgabe der Landeszentrale) zu verfassen.

Ein solches Vorgehen ist in der Geschichte der Landeszentralen in der Bundesrepublik einmalig. Die Landeszentralen für politische Bildung sollen im Ansatz die Grundlagen unserer Demokratie vermitteln und verstärken. Dies hat nur so lange einen Wert, wie sie völlig frei von jedweder Einflussnahme oder dem Verdacht einer solchen arbeiten können. Die geplanten Vorhaben vernichten den ursprünglichen Sinn und Zweck ihrer Arbeit.

Es ist unerlässlich, dass die Landeszentrale künftig als unabhängige Einrichtung keinem Ministerium unterstellt ist.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Die zentrale Aufgabe der Landeszentrale für politische Bildung ist die parteiunabhängige Förderung der Demokratie.
- Es muss gewährleistet sein, dass eine Einrichtung der politischen Bildung immer – aber besonders in Zeiten steigenden Extremismus – neutral agieren kann und somit ihre Stimme behält.
- Die geplante Umstrukturierung der Landeszentrale untergräbt die besondere Stellung der Landeszentrale.
- Dieses Vorgehen ist vor allem in Zeiten steigenden Rechtsdrucks fatal.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- Von den Umstrukturierungsplänen der Landeszentrale für politischen Bildung vollumfänglich abzurücken.
- Alle Referentinnen und Referenten in der Landeszentrale zu belassen.
- Gleiches gilt für die „Erinnerungskultur“, die im Zuständigkeitsbereich der Landeszentrale verbleiben muss.
- Eine Stabsstelle gegen Rechtsextremismus so umzusetzen, dass davon sowohl personelle als auch finanzielle Mittel der Landeszentrale unberührt bleiben.
- Darüber hinaus von den Kürzungen der Mittel der Landeszentrale für politischen Bildung von einem Viertel abzusehen.
- Die Landeszentrale für politische Bildung aus dem Ministerium für Kultur und Wissenschaft auszugliedern.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Elisabeth Müller-Witt
Sven Wolf
und Fraktion